



Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Heinz E. Schneider
Rathaus

65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, 14. März 2014

Gemeinsamer Antrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Rüsselsheim

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU stellen folgenden Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die in der Anlage 1 der Drucksache 318/11-16 aufgeführten Punkte umzusetzen.

Die Punkte 6, 7, 11, 12, 18, 21, 23, 43, 52, 56, 58, 74, 84, 85, 86, 87 werden ohne weitere Drucksachen oder Beschlüsse durch die Stadtverordnetenversammlung bearbeitet. Ist zur Umsetzung eine Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung oder eine Betriebskommission nötig, bereitet der Magistrat eine Beschlussfassung vor (66, 67, 69, 71, 75).

Zu den Punkten 12 „Wegfall des Begrüßungsgeldes an die Studenten“ und 18 „Reduktion der Erfrischungsgelder“ wird vor einer endgültigen Umsetzung eine erläuternde Drucksache durch den Magistrat angefordert.



2. Die folgenden Punkte aus den Anlagen der Drucksache 318/11-16 werden vom Magistrat wie in der Drucksache beschrieben umgesetzt. Der Magistrat bereitet Drucksachen zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung vor.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die von Schüllermann aufgerufenen Konsolidierungssummen vom Magistrat bisher nicht auf Belastbarkeit geprüft wurden.

(2)

Der Seniorenbeirat wird zukünftig von der Stadtverordnetenversammlung ernannt; die Wahlen zum Seniorenbeirat entfallen.

(4)

Maßnahmen der Personalgewinnung, -entwicklung und -förderung

(5)

Umsetzung struktureller Maßnahmen in der Personalentwicklung

(9)

Reduktion der Aufwendungen für die städtepartnerschaftlichen Treffen und ähnliche Veranstaltungen

(10)

Gründung eines Vereines zur Pflege der Städtepartnerschaften

(15)

Senkung der Standards bei und der Anzahl von protokollarischen Veranstaltungen

(17)

Bürgerfreundlichkeit im Stadtbüro neu konzeptionieren

(19)

Anpassung der Gebührensatzung für die Leistungen der Feuerwehr

(20)

Erhöhung der Gebühren für die Betreuungsschule

(22)

Anpassung der Gebührensatzung für die Leistungen der Bauaufsicht



(24)

Erhöhung der Gebühren für Sondernutzungen

(25)

Einführung einer neuen Gebühr/Gebührenklasse für die Straßenreinigung und den Winterdienst

(31)

Erhöhung der Verwaltungsgebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung

(32)

Erhebung eines Benutzerentgeltes/Beitrages an Bewirtschaftungskosten bei Nutzung städtischer Räume

(42)

Erhöhung des Verpflegungsentgeltes

(50)

Einführung einer wiederkehrenden Straßenbeitragssatzung

(51)

Reduktion der Straßenbeleuchtungszeiten

(57)

Reduktion der Grünflächenpflege

(61)

Zuschüsse für Vereine und Verbände im Bereich der Wirtschaftsförderung

(78)

Anpassung des Hebesatzes der Grundsteuer A



3. Zu den folgenden Punkten der Anlagen der Drucksache 318/11-16 wird der Magistrat beauftragt, Drucksachen zu Beschlussfassung zu erarbeiten.

(13)

Streichung der kostenfreien Veranstaltungen im Rathaus und in städtischen Räumen von Dritten

Grundsätzlich sollen Mieten für die Nutzung der Räume im Rathaus gezahlt werden. Der Magistrat legt eine Liste der Nutzer vor. Die Stadtverordnetenversammlung behält sich vor, Ausnahmen für bestimmte Nutzer zu definieren.

(14)

Wegfall Sportlerehrung

Die Kosten der Sportlerehrung werden deutlich reduziert. Ein Konzept mit Darstellung der Kosten ist zu erarbeiten.

(16)

Schließung der Stadtbüros in Bauschheim und Königstädten

Der Magistrat legt eine Drucksache zur Schließung der Stadtteilbüros in Bauschheim und Königstädten vor. Es sollen Alternativen (Mobile Büros etc.) geprüft werden und die hierzu anfallenden Kosten dargestellt werden.

(26, 27, 28, 29)

Parken

Im Bereich Parken (Parkgebühren, P&R, Pachtverträge bzw. Veräußerung Parkhäuser usw.) sollen vom Magistrat Maßnahmen mit dem Ziel der deutlichen Kostenreduzierung geprüft werden. In einem klar definierten Bereich der Innenstadt (z.B. Mainvorland, Ludwigstraße, Weisenauer Straße) wird die Möglichkeit eines kostenfreien Parkens geprüft. Einnahmeausfälle und die Möglichkeit der Kompensierung sind darzustellen.

(30)

Erhöhung der Marktgebühren

Eine Erhöhung der Marktgebühren wird derzeit abgelehnt. Vom Magistrat wird ein Konzept eingefordert mit dem Ziel, die Märkte attraktiver zu machen und ggf. dadurch mehr Einnahmen zu erzielen.



(48)

Dauerhafte Schließung des Lachebades

Der derzeit gültige Beschluss wird bis zum 30.09.2014 weiterverfolgt. Ist bis zu diesem Datum keine Realisierung absehbar, wird eine Sanierung des Lachebades in Angriff genommen, die das Schwimmen in Rüsselsheim zeitnah ermöglicht. Hierzu kommt der Magistrat mit einer Drucksache auf die Stadtverordnetenversammlung zu.

(49)

Schließung von Spielplätzen

Spielplätze werden auf Frequentierung überprüft. Bei geringer Nutzung sollen diese geschlossen werden.

(53)

Kündigung Vertrag Carsharing-Fahrzeuge

Es erfolgt eine Überprüfung der Auslastung und des Zuschussbedarfs zu einem Zeitpunkt, zu dem das 2. Studentenwohnheim (Weisenauer Str./Sixel) ein Jahr bezogen ist. Auf Basis dieser Überprüfung wird über die Fortführung neu entschieden

(54, 55)

ÖPNV

Hier soll es nach Prüfung/Neukonzept zu Reduzierung der Kosten kommen.

(68, 70)

Musikschule

Bei Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, aber unter Ausnutzung von natürlichen Personalfluktuationen soll eine Umstellung auf Honorarkräfte mit dem Ziel der deutlichen Reduzierung der Kosten erfolgen. Die Aufgaben/Angebote für Schülerinnen und Schüler sollen strukturell z. T. an den Ganztagschulen angebunden sein. Entscheidung auf Basis entsprechender DS.

(73)

Tatsächlicher Übergang der Stadtteilbibliotheken auf Vereine ohne städtischen Zuschuss
Reduzierung der Kosten.

(82, 83)

„freiwillige Leistungen“

Hier soll es zu Kürzungen kommen, insbesondere durch Hallennutzungsgebühren. Im Bereich Sport gilt es, den Bereich Jugend möglichst auszulassen. Die Freizeitaktivitäten von Erwachsenen können grundsätzlich nur noch bedingt gefördert werden. Der Magistrat wird aufgefordert, mit Drucksachen zur deutlichen Kostenreduzierung in den Bereichen Kultur und Sport auf die Stadtverordnetenversammlung zuzukommen.



4. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt aktuell folgende Punkte aus den Anlagen der Drucksache 318/11-16 ab:

(1)

Wegfall der Ortsbeiräte

(3)

Entschädigung für die ehrenamtlich Tätigen und Reduktion der Anzahl der Sitzungsunden

(34)

Übertragung Museum auf Verein

(36)

Reduktion der Aufgaben des Stadtarchivs

(37, 38, 39)

Verkauf Haus der Senioren

(40, 44, 45)

Erhöhung der Kita-Gebühren/Betreuungsschlüssel

(59)

Reduktion des Zuschusses an die Stiftung Opel-Villen

(60)

Verzicht und Einstellen der kommunalen Wirtschaftsförderung

(63)

Schließung und Aufgabe öffentlicher Toiletten

Es wird allerdings eine Info eingefordert über die Kostenstruktur.

(65)

Schließung des Theaters

(72)

Schließung der Stadtbücherei



(76)

Reduktion von Medienbeschaffungen

Keine Reduktion. Es wird einen gemeinsamen Antrag geben, in dem der Magistrat aufgefordert wird, auf Sponsorensuche zu gehen

(79)

Anpassung des Hebesatzes der Gewerbesteuer

(81)

Jährliche Erhöhung der Grundsteuer B um die Inflation

5. Punkte, für die bereits entsprechende Beschlüsse des Magistrates bzw. der Stadtverordnetenversammlung vorliegen oder –lagen:

(8)

Verzicht auf die Wiederbesetzung der Stelle für Städtepartnerschaften

(33)

Schließung des Museums

(35)

Erhöhung der Eintrittspreise des Museums

(47)

Dauerhafte Schließung der Großsporthalle

(62)

Erhöhung der Pacht bei den Wirtschaftsbetrieben

(77)

Erhöhung der Hundesteuer



6. Der Magistrat berichtet halbjährlich zum Sachstand der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen aus dieser Vereinbarung.

Rüsselsheim, den 14. März 2014

Jens Grode

Frank Tollkühn

Michael Ohlert

Thorsten Weber

Maria Schmitz-Henkes

Christian Vogt